Editorial

Justus Haucap*

Im Wagen vor mir...

<https://doi.org/10.1515/pwp-2019-0042>

Liebe Leserin, lieber Leser,

die künftige Rolle des Automobils und des motorisierten Individualverkehrs sind zunehmend Gegenstand politischer Diskussionen. Sowohl für eine Milderung der Umweltbelastung in den Städten als auch für den Klimaschutz erscheinen Veränderungen im Straßenverkehr unausweichlich. In Deutschland hat sich die Zahl der zugelassenen Personenkraftwagen in den zurückliegenden 40 Jahren etwa verdoppelt. Im Vergleich zu China jedoch ist dies eine fast beschauliche Entwicklung. Dort hat sich die Anzahl der zugelassenen Personenkraftwagen allein in den vergangenen zehn Jahren mehr als verfünffacht, wie Abbildung 1 illustriert. Der Impetus zur Verbreitung neuer Antriebstechnologien könnte daher eher aus China kommen als aus dem Autoland Deutschland, wo sich insbesondere sogenannte SUVs einer zunehmenden Beliebtheit erfreuen. Der Bestand an Geländewagen (incl. SUVs) hat sich in den zurückliegenden fünf Jahren auf gut 5,5 Millionen Fahrzeuge mehr als verdoppelt und in den vergangenen zehn Jahren sogar vervierfacht, wie Abbildung 2 zeigt. Der Wagen vor mir ist also immer häufiger ein SUV.

In der Rubrik *Aus aktuellem Anlass* setzt sich die Diskussion über die Bedeutung der Targetsalden des Europäischen Währungssystems mit einer umfangreichen Erwiderung Hans-Werner Sinns (München) auf den in Heft 4/2018 erschienenen Beitrag Martin Hellwigs (Bonn) fort. Damit ist der Reigen der Kommentare zu Hellwigs Artikel beendet.

Der Beitrag von Manuel Frondel (RWI Essen) über die Ökonomie von Straßennutzungsgebühren knüpft in der Rubrik *Wissenschaft im Überblick* an das Thema Verkehr aus der Rubrik *Unsere Welt in Zahlen* an. Wie Frondel ausführt, erweisen sich weitere Investitionen in die Straßeninfrastruktur und der Ausbau überlasteter Autobahnabschnitte häufig als fruchtloses Mittel zur Bekämpfung zunehmender Verkehrsstaus. Als Alternative schlägt er in seinem Überblicksbeitrag ein flächendeckendes belastungsabhängiges Gebührensystem im Autobahnnetz so-

wie eine Maut zur Vermeidung von immer häufiger auftretenden Verkehrsinfarkten auf Autobahnen und in Städten vor.

Für das *Gespräch* in der Heftmitte hat sich Karen Horn gemeinsam mit Karolin Herrmann, der Geschäftsführerin des Vereins für Socialpolitik, mit Joachim Ragnitz (ifo Dresden) über die Lage Ostdeutschlands 30 Jahre nach dem Mauerfall, Erfolge und Fehler der Politik, Struktur-schwächen und die Notwendigkeit von Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen unterhalten. Für manche Leser womöglich überraschend benennt Ragnitz, trotz andauernder Arbeitslosigkeit in manchen ostdeutschen Regionen, auch für Ostdeutschland den zunehmenden Arbeitskräftemangel in Zukunft als das größte Problem. Trotz eines positiven Gesamtbildes sei die heutige Lage gemessen an den ursprünglichen Erwartungen doch enttäuschend. Ostdeutschland leide an einigen strukturellen Besonderheiten, die sich so schnell nicht zum Guten wenden ließen. Neben der Branchen- und Betriebsgrößenstruktur, die selbst langfristig kaum veränderbar sei, gehöre dazu die Siedlungsstruktur. Ostdeutschland sei weitgehend ländlich geprägt; es gebe nur wenige große Städte. In der Wirtschaftskraft verblieben deshalb große Unterschiede zwischen Ost und West, wenn auch kaum noch in den verfügbaren Einkommen.

*Kontaktperson: Justus Haucap, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Universitätsstr.1, 40225 Düsseldorf, E-Mail: haucap@dice.hhu.de

Auch zwei *Beiträge aus der Forschung* sind wie üblich im Heft enthalten. Im ersten Beitrag analysieren Oliver Bruttel, Arne Baumann und Matthias Dütsch, allesamt Mitarbeiter der Geschäftsstelle der deutschen Mindestlohnkommission, die Beschäftigungseffekte des gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland. Entgegen dem theoretischen Konsens, der vor Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland unter Ökonomen weitgehend geherrscht habe, hätten die inzwischen vorliegenden empirischen Analysen nur begrenzte negative Beschäftigungseffekte gezeigt. Nach einer Gegenüberstellung der damaligen Prognosen und der bisher vorliegenden empirischen Evaluationsstudien erörtern die drei Autoren mögliche Gründe für diese Diskrepanz. Dabei gehen sie insbesondere auf den internationalen Forschungsstand sowie auf die Modelle ein, die den Prognosen zugrunde lagen. Zudem weisen sie auf in früheren Studien unberücksichtigte Anpassungskanäle hin, über die Betriebe die gestiegenen Lohnkosten kompensiert haben.

Im zweiten Beitrag aus der Forschung widmen sich Patrick Leisibach und Christoph Schaltegger (beide Luzern) dem Schweizer Finanzausgleich und dessen Anreizwirkungen für den Steuerwettbewerb, einem prägenden Element des Schweizer Steuerföderalismus. Die beiden Autoren quantifizieren in ihrem Beitrag diese Anzeizeffekte mittels einer Berechnung der sogenannten Grenzabschöpfungsquoten. Wie der Beitrag zeigt, haben insbesondere finanzschwache Kantone gegenwärtig nur geringe Anreize, die eigenen Steuereinnahmen mittels attraktiver Steuerpolitik zu steigern, denn Steuermehreinnahmen aufgrund zusätzlicher Unternehmensgewinne können bei zwei von drei Kantonen die Abschöpfung durch den Finanzausgleich nicht kompensieren. Aus Sicht der Autoren ist daher mehr als fraglich, ob das Ziel, die Disparitäten zwischen den Kantonen abzubauen, langfristig erreicht werden kann. Simulationsrechnungen zeigen jedoch, dass aktuelle Reformen das Problem mildern können. Sofern der heutige progressive Ausgleichstarif durch einen linearen Tarif bei gleichzeitiger Absenkung der Mindestausstattung ersetzt würde, wäre sogar eine weiterrei-

chende Problemlösung möglich, schreiben Leisibach und Schaltegger.

Schließlich möchte ich an dieser Stelle auch noch einige Informationen aus dem Verein für Socialpolitik verbreiten. Die nächste Jahrestagung des Vereins wird unter dem Oberthema „Gender Economics. Geschlechterforschung in den Wirtschaftswissenschaften“ vom 27. bis 30. September 2020 in Köln stattfinden. Dorothea Kübler (WZB Berlin) wird die Kerntagung organisieren, die Johann-Heinrich-von-Thünen-Vorlesung wird Klaus Schmidt (LMU München) halten. Auf der Jahrestagung 2021 wird dann das Thema „Climate Economics“ Gegenstand der Kerntagung sein. Die Tagung findet vom 26. bis 29. September 2021 in Regensburg statt, die Kerntagung organisiert Ulrich Wagner (Mannheim).

Hingewiesen sei zudem auf die Wahl für die 7. Berufsperiode (2020-2023) des Rats für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD). Der RatSWD setzt sich für die nutzungsfreundliche Weiterentwicklung der Forschungsdateninfrastruktur für die Sozial-, Verhaltens- und Wirtschaftswissenschaften ein. Mit der sich im Aufbau befindlichen Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI) zeichnen sich hierbei große Dynamiken ab, in denen der RatSWD seinen Wählerinnen und Wählern eine starke Stimme geben will. Bis zum 3. Februar 2020 können sich Wahlberechtigte über die Webseite www.ratswd.de/wahl in das Wahlverzeichnis eintragen lassen. Wahlberechtigt sind promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die an Hochschulen und Einrichtungen unabhängiger wissenschaftlicher Forschung in Deutschland tätig sind. Für die Wahl der Vorschläge aus der Wissenschaft wird der Verein für Socialpolitik eine Kandidatin und einen Kandidaten aufstellen. Registrieren Sie sich daher bitte, um an der Wahl teilnehmen zu können.

Ich wünsche Ihnen Spaß und vielleicht den ein oder anderen Erkenntnisgewinn beim Lesen. Für Ihr Feedback bin ich jederzeit dankbar.

Justus Haucap

Twitter: @PerspektivenWP